

fördewind

Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen



Editorial



Eka von Kalben
Fraktionsvorsitzende

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

der Frühling ist da und wir nähern uns raschen Schrittes der Landtagswahl am 8. Mai und somit dem Ende dieser Legislaturperiode. Einerseits fühlt es sich wie gestern an, dass wir im Mai 2017 mit Monika, Robert und vielen anderen in unserem Fraktions Sitzungssaal fieberhaft auf die ersten Hochrechnungen der Landtagswahl gewartet haben. Andererseits zeigt mir auch genau diese Erinnerung, wie lange dieser Moment inzwischen her ist und wieviel sich seitdem verändert hat. Damals war der ganze Raum voller Menschen – ohne Abstand, ohne Maske. Das

ist heute in dieser Form gar nicht mehr denkbar, oder zumindest noch nicht.

Die Corona-Pandemie hat diese Legislaturperiode – zumindest die zweite Hälfte – geprägt wie kein anderes Thema. Während des Februarplenums dann der Schock: Putins Truppen sind in die Ukraine einmarschiert. Die Stimmung in meinem Büro und den Fluren unserer Fraktion an diesem Vormittag hat sich vermutlich für immer in mein Gedächtnis eingebrannt.

Ob Pandemie oder Krieg – das damit verbundene Leid und die Ängste lassen viele andere Themen verblassen, lassen sie unwichtig erscheinen. Manche fühlten eine gewisse Lähmung auch in Bezug auf die

bevorstehende Wahl. Dabei kann es doch – mal abgesehen von Solidarität und konkreten Hilfen für die Ukraine und ihre Geflüchteten – momentan nichts Sinnvolleres geben als eine möglichst lebendige und starke Demokratie.

Die Jamaika-Koalition wurde von außen betrachtet überwiegend als stark und harmonisch wahrgenommen. Und es gibt eine große Zustimmung in Schleswig-Holstein zu diesem Bündnis.

Das war auch wichtig, denn würde jeder interne Konflikt nach außen getragen, wäre eine vertrauensvolle Zusammenarbeit unmöglich. Ihr könnt mir aber glauben, dass es hinter den Türen oftmals ganz anders zugeht. Was ja angesichts der doch sehr unterschiedlichen Koalitionspartner*innen auch nicht anders zu erwarten war.

Dass starke, engagierte und hartnäckige Grüne im Parlament und in der Regierung einen Unterschied machen, zeigen unsere Grünen Erfolge, von denen ihr die wichtigsten auf den kommenden Seiten nachlesen könnt.

Wir haben viel erreicht, um dieses Land grüner und bunter zu machen. Und wir haben noch viel vor. Ich freue mich auf den weiteren Wahlkampf mit euch!

Herzlichst
Eure

Fraktionsvorsitzende

5 Jahre Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein - Wir werfen einen Blick zurück auf unsere Highlights

Moderne Medizin, Teilhabe für alle und soziale Innovationen

Eines der größten Projekte, das wir Grüne mit auf den Weg gebracht haben: Wir haben dafür gesorgt, dass das UKSH, unsere Uniklinik mit den beiden Standorten in Kiel und Lübeck fertiggestellt wird. Es ist eine der modernsten Unikliniken Europas.

Wir haben endlich ein eigenes **Landeskrankenhausgesetz** in Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. Wir regeln damit nicht nur die Zuschüsse des Landes zu den Investitionskosten bei Sanierung und Neubau, es werden auch qualitative Aspekte berücksichtigt, beispielsweise bei der Versorgung von Kindern, demenzenden Personen oder Sterbenden, beim Sozialdienst, der Krankenhauseseelsorge und beim Ehrenamt. Damit kann auch den Belangen und Rechten der Patient*innen - insbesondere zum Schutz ihrer Daten - Rechnung getragen werden.

Wir sind außerdem bundesweit das erste Land, das das **Schulgeld in den Gesundheitsberufen** (Physiotherapie, Logopädie, Ergotherapie) abgeschafft hat. Seitdem sind die Ausbildungsplätze endlich alle belegt und der Erhalt der Schulen gesichert. 2021 haben in Schleswig-Holstein ungefähr 1370 Menschen diese Berufe gelernt. Mit der Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung haben wir auch das Schulgeld in der Altenpflege abgeschafft. Mit dem IMPULS-Programm haben wir zusätzliche Investitionsmittel für die Altenpflegeschulen sowie Mietkostenzuschüsse bereitgestellt. So arbeiten wir in Schleswig-Holstein aktiv gegen den Fachkräftemangel.

Die **Rechte von Menschen mit Behinderung** haben wir in den letzten Jahren ausgebaut und ihre Beteiligung verbessert.

4 Millionen Euro jährlich für die **Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen**

10 Millionen Euro für den **Fonds für Barrierefreiheit**

Fonds in Höhe von 6,2 Millionen Euro für die **Opfer von Medikamentenversuchen**

Ca. 1 Million Euro für die **Beratung von wohnungs- und obdachlosen Menschen**

20.000 Euro jährlich für das **Winternotprogramm der Diakonie**

3 Millionen Euro für einen **Fonds soziale Härten**

40% mehr **Fördermittel für den Sport** gegenüber 2017

50.000 Euro jährlich für **DLRG-Programm „Schleswig-Holstein lernt schwimmen“** seit 2019

8,9 Millionen Euro für die **Sanierung von Schwimmstätten**



Marret Bohn
Parl. Geschäftsführerin

Die Leistungen für Menschen mit Behinderung sollen sich ausschließlich am individuellen Bedarf orientieren. Die Aufteilung in stationäre und ambulante Angebote spielt keine Rolle mehr. In den Einrichtungen sind die Vertretungsgremien und Mitwirkungsmöglichkeiten der dort lebenden Menschen gestärkt worden. Der Landesbeauftragten haben wir einen Beirat aus Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung an die Seite gestellt.

Als erste Fraktion haben wir den Gesetzentwurf mit Vereinen, Verbänden und Menschen mit Behinderung zusammen diskutiert und uns erfolgreich für Verbesserungen im Gesetz eingesetzt.

Wenn es um Gesundheit geht, darf der Sport nicht außen vor gelassen werden. Wir haben erreicht, dass Schleswig-Holstein ein **Sportförderungsgesetz** und damit eine bisher nicht dagewesene Verlässlichkeit für die Förderung des Sports bekommt. Und wir stellen klar, dass es Aufgabe



der Sportförderung ist, zu Integration und Inklusion beizutragen, Natur, Umwelt und Klima zu schützen, sich gegen Rassismus und Diskriminierung zu engagieren und das Tierwohl zu wahren.

Um insbesondere Kinder vor dem Ertrinken zu schützen, haben wir dafür gesorgt, dass es mehr **Schwimmunterricht** gibt. Dafür brauchen wir genug Schwimmstätten, deswegen stellen wir umfangreiche Mittel für deren Sanierung zur Verfügung.

Sozial handeln bedeutet auch, sozial zu wirtschaften. Mit einer Social-Innovation und **Social-Entrepreneurship-Strategie** fördern wir deswegen künftig auch Geschäftsmodelle, die sich der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen zur Aufgabe gemacht haben.

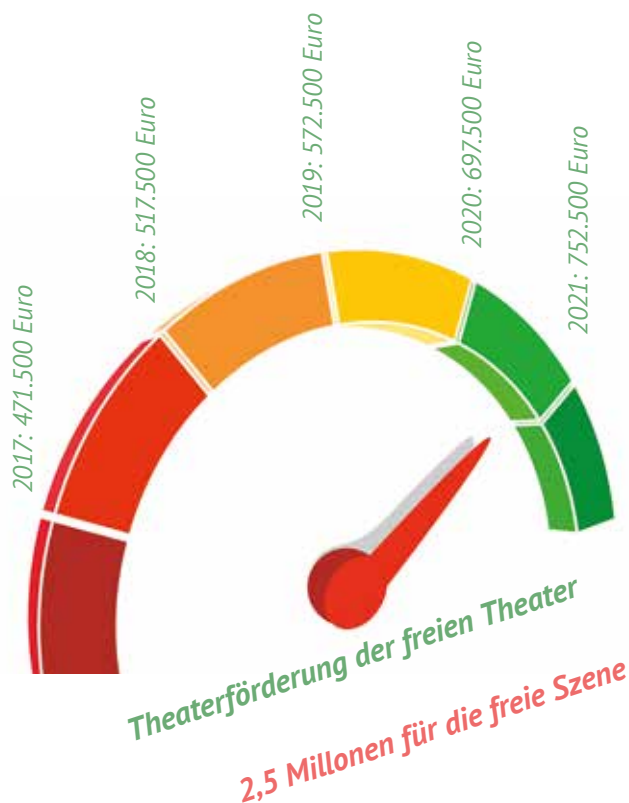


Joschka Knuth
Sprecher für Wirtschaft und Sport

Freie Kunst in Schleswig-Holstein

„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ – Ein Zitat, welches besonders in den letzten zwei Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Kultur ist Nahrung für die Seele und ohne die vielen Ehrenamtler*innen oft nicht möglich. Um vor allem auch ehrenamtliche Strukturen im Bereich der Kultur und der Bildung zu stärken und bei der Suche und der Abwicklung von Förderungen zu unterstützen, wurde die Stelle eine*n „**Förderlots*in**“ eingerichtet.

Vielen Projekten abseits der „großen Kunst“ oder des Mainstreams fehlt es an Geld für Räume oder technische Ausstattung. Die Freie Szene schafft vielfältige Angebote gerade im ländlichen Raum. Auch an der Stelle haben wir Geld in die Hand genommen, um die Vielfalt in der Kunst zu stärken. Die Theaterförderung der freien Theater haben wir neu justiert und erhöht. Ebenso haben wir die Gedenkstättenarbeit finanziell abgesichert.



Marlies Fritzen
Sprecherin für Umweltschutz und Kultur

Vielen Projekten abseits der „großen Kunst“ oder des Mainstreams fehlt es an Geld für Räume oder technische Ausstattung. Diese „**Freie Szene**“ schafft vielfältige Angebote gerade im ländlichen Raum. Auch an der Stelle haben wir Geld in die Hand genommen, um

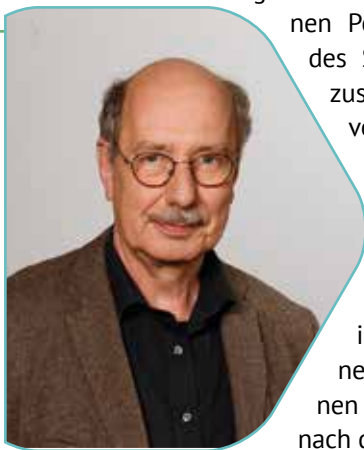
die Vielfalt in der Kunst zu stärken. Auch die Gedenkstättenarbeit haben wir finanziell abgesichert und die Theaterförderung der freien Theater neu justiert und erhöht.

Modernes Landespolizeirecht und Aufarbeitung der NS-Vergangenheit

Im Jamaika-Koalitionsvertrag wurde verabredet, dass Änderungen im **Landespolizeirecht** nur im Konsens aller Koalitionspartner*innen beschlossen werden können. Dadurch konnten wir einen konservativen Rollback in der Sicherheitspolitik verhindern. Die hochproblematische Nutzung des Staatstrojaners durch eine Rechtsgrundlage für die sogenannte Quellen-TKÜ (= von Sicherheitsbehörden in private Rechner eingeschmuggelte Spähsoftware, die entweder die Eingabe z.B. über die Tastatur vor einer Verschlüsselung abgreift oder die Rechner unerkannt auf definierte Inhalte absucht und für die Behörden sichtbar macht) und die Onlinedurchsuchung im polizeilichen

Gefahrenabwehrrechts konnten wir so verhindern. Auch die Vorratsdatenspeicherung wurde im Bereich der Gefahrenabwehr ersatzlos gestrichen. Gerade diese Regelungen hatten bei den Polizeirechtsreformen in anderen Bundesländern zu großen Massenprotesten geführt.

Wir konnten auch das, von der vorherigen Küstenkoalition geschaffene fortschrittliche **Landesstrafvollzugsgesetz** noch erweitern, unter anderem mit einer gesetzlichen Ergänzung zur relevanten Rolle des Sports im Vollzug und einer stärkeren Einbeziehung der Opferperspektive bei der Resozialisierungsarbeit. Dazu



Burkhard Peters
Sprecher für Innen- und Rechtspolitik

gehörte auch die Durchführung einer externen Personalbedarfsanalyse im Bereich des Strafvollzuges. Bislang haben wir zusätzlich 85 Stellen in den 6 Strafvollzugsanstalten des Landes schaffen können.

Auch die Schaffung eines **Resozialisierungs- und Opferschutzgesetzes** in dieser Legislaturperiode ist unser Erfolg. Das Gesetz schafft neue gesetzliche Regelungen, um einen möglichst bruchlosen Übergang nach der Haft zu organisieren und die jeweiligen Rollen und Beiträge staatlicher Stellen einerseits

und freier Träger auf der anderen Seite gesetzlich zu definieren.

Der **Aufarbeitung der NS-Vergangenheit** in Schleswig-Holstein wurde auf unsere Initiative ein weiteres Kapitel hinzugefügt: Nach der 2016 veröffentlichten Untersuchung zur personellen und strukturellen Kontinuität von NS-Eliten im Landtag und in der Landesregierung nach 1945 wurde eine Folgestudie in Auftrag gegeben. Gegenstand der neuen Studie war unter anderem, in welchem Ausmaß es in staatlichen Behörden und Institutionen mehr oder weniger bruchlose Karrieren von Akteur*innen aus der Nazizeit gab.

Nachhaltige Finanzpolitik und Kommunalpolitik 2.0

Zu Beginn der Pandemie lag die Arbeit in den Kommunalparlamenten wegen der Corona-Pandemie ziemlich brach. Das führte teilweise zu Funkstille zwischen Ver-

Was ist FINISH?

Jede finanzielle Anlage, über die das Land entscheiden kann, wird künftig nach nachhaltigen Kriterien angelegt. Z.B. Pensionsfonds, Stiftungen oder auch die Investitionsbank Schleswig-Holstein. Insgesamt geht's um über vier Milliarden Euro.

Impuls ist ein Erfolgsmodell: rd. 4,9 Mrd. Euro investieren wir in unsere Infrastruktur, um bis 2030 den Investitionsstau abzubauen.

waltungen und Kommunalpolitik und zu vielen Eilentscheidungen der Bürgermeister*innen. Mit der **Änderung der Gemeindeordnung** stärken wir die Demokratie. Wir wollen, dass auch in Notstandszeiten demokratische Beteiligung in den Kommunen funktio-

niert und ermöglichen digitale Sitzungen inklusive Abstimmungen in den Kommunalvertretungen. Die Öffentlichkeit kann stärker beteiligt werden, denn auch nach dieser Krisen-Zeit können alle Bürger*innen digital an Sitzungen teilnehmen.

Keine Kommunalpolitik, aber für die politische Gestaltung Schleswig-Holsteins ebenso wichtig ist eine solide Finanzpolitik. Dass wir Grüne auch Finanzen können, zeigt seit 10 Jahren unsere Finanzministerin Monika Heindold. Auf unsere Initiative hin haben wir mit der **Finanzstrategie Nachhaltigkeit in Schleswig-Holstein (FINISH)** das erste Gesetz für nachhaltige Finanzen in Deutschland geschaffen. Durch das Erfolgsmodell **Impuls** konnten wir darüber hinaus in finanziell schwierigen Zeiten Geld zurücklegen und z.B. für Schulsanierungen, den Bau von Radwegen, Schienen und Straßen für den ÖPNV oder den Küstenschutz nutzen. Durch kluge Finanzpolitik haben wir solide Haushalte aufgestellt und trotzdem gestaltet.



Lasse Petersdotter
Sprecher für Finanzen

Gute Bildung für die Kleinen und Großen in Schleswig-Holstein

Gute Bildung fängt bei den Kleinsten an. Kinder brauchen echte Lern- und Entwicklungschancen, unabhängig davon, wo die Eltern herkommen oder wie dick der Geldbeutel ist. Bereits in der Kita werden die Grundlagen für die gesamte Zukunft gelegt und deshalb ist es sehr wichtig, dass die Qualität eine ganz besondere Stellung einnimmt. Die **Kita-Reform** war deswegen das erste große Bildungsprojekt in dieser Legislaturperiode. Ein dickes Paket, mit dem wir nicht nur die Eltern und Kommunen bei den Kosten entlasten, wir verbessern vor allem die Qualität unserer Kitas. Auch die Waldkindergärten und Kindertagespflegende berücksichtigen wir in dieser Reform.

Jamaika wirkt

Fachkraft-Kind-Schlüssel in Kitas:

2017: 1,5 Erzieher*innen pro Gruppe;

2022: 2,0 Erzieher*innen pro Gruppe

80 Millionen Euro für die **Qualität in Kitas**

Kita-Betriebskostenzuschuss:

2017: 220 Millionen Euro – 2022: 470 Millionen Euro

710.000 Euro für die **Ausbildung von Erzieher*innen** in 2021-22

Über 50 Millionen Euro für den **Bildungsbonus**

Mehr Digitalisierung an Schulen:

72 Millionen Euro für digitale Endgeräte

1.300 mehr **Lehrer*innenstellen** im Zeitraum von 2017-2022

205 Millionen Euro für den **Schulbau**,

unter anderem für Klimaschutzmaßnahmen

Studienstarthilfe in Höhe von 800 Euro pro Person

Im Bereich Schule haben wir den **Bildungsbonus** eingeführt, mit dem Schulen mit besonderen Herausforderungen unterstützt werden. Das ist ein großer Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Mit dem **Schleswig-Holsteinischen Institut für berufliche Bildung (SHIBB)** stärken wir außerdem die berufliche Bildung durch eine Bündelung der Verantwortlichkeiten in einem Ministerium. Auch wenn wir der Meinung sind, dass das SHIBB ins Bildungsministerium gehört, ist es gut, dass es auf den Weg gebracht wurde.



Ines Strehlau

Sprecherin für Schule und Kommunales

Wir sind außerdem bundesweit das einzige Land, das eine **Studienstarthilfe** geschaffen hat.

Junge Menschen, die in Bedarfsgemeinschaften aufgewachsen sind, weil ihre Eltern beispielsweise Hartz IV beziehen, können eine Starthilfe von 800 Euro zu Beginn ihres Studiums erhalten - für die Erstausrüstung der Wohnung, die Umzugskosten oder die Mietkaution. Ein kleiner, aber nichtsdestotrotz wichtiger Baustein, um auch an den Universitäten mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.



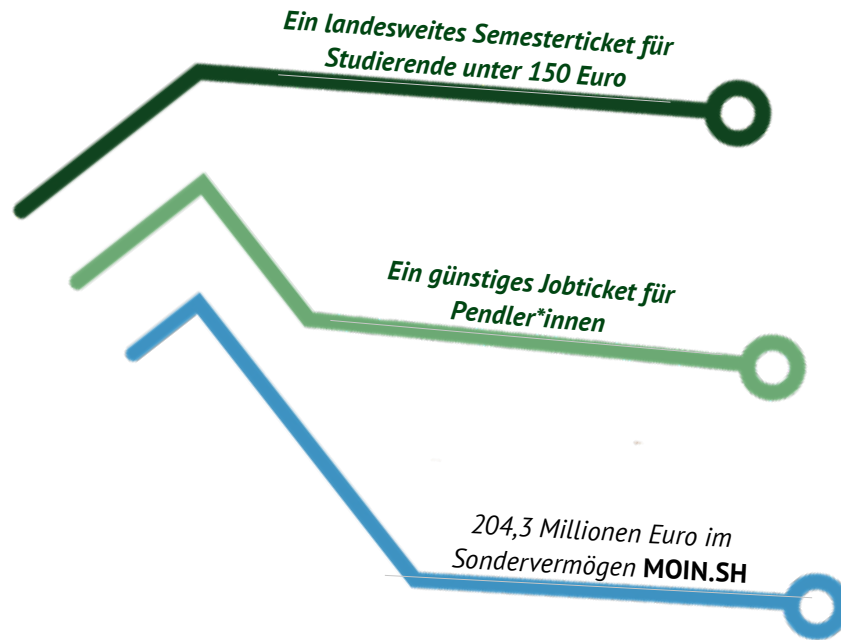
Gute Bildungspolitik ist in den letzten fünf Jahren einer unserer Schwerpunkte gewesen und wird es auch weiter bleiben.

Quer durch Schleswig-Holstein: auf der Schiene und im Netz

8



Andreas Tietze
Sprecher für Mobilität



Ohne Verkehrswende werden wir das Klima nicht retten können. Wir brauchen keine A20, sondern vernünftige Bus- und Bahnverbindungen und zwar für alle.

Wir haben die Finanzmittel an die Kommunen für die **Busverkehre stark erhöht**, so dass viele Orte inzwischen deutlich mehr Busverkehr anbieten können. Auf der Tarifebene haben wir das Semester- und Jobticket eingeführt, mit dem für viele Menschen Bus und Bahn deutlich günstiger wurden.

Mit einem **Schienenstrategiegutachten** haben wir zudem erstmals den Bahnverkehr grundlegend und landesweit untersucht und können nun mit dem angelegten **Sondervermögen MOIN.SH** gezielt in weitere Verbesserungen investieren, wie z.B. die Elektrifizierung der Marschbahn.

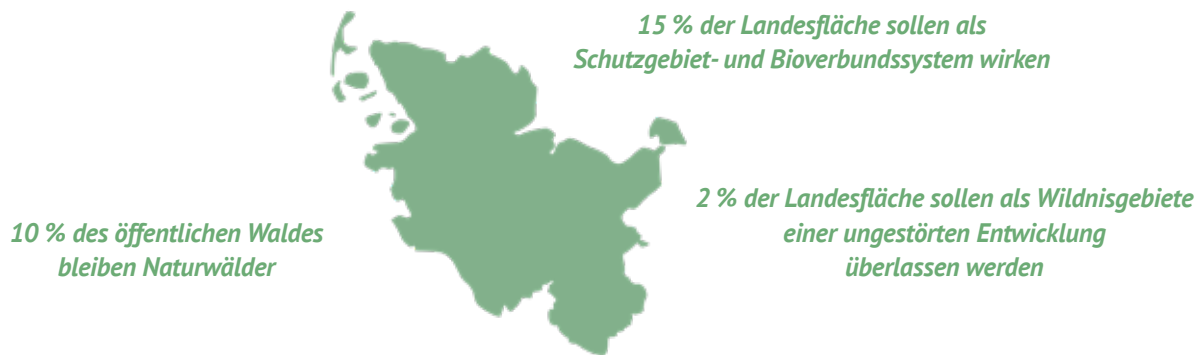
Auch beim Datenverkehr sind wir vorne mit dabei. Schleswig-Holstein ist Spitzenreiter beim Glasfaserausbau.

38% der Haushalte sind bereits angeschlossen. 53% der Haushalte sind anschlussfähig, d.h. ein Glasfaserkabel liegt vor der Hausadresse. 96% aller Gemeinden profitieren vom geförderten Glasfaserausbau. Bis 2025 soll der flächendeckende **Glasfaserausbau** abgeschlossen sein. Das ist nur möglich, weil wir Grüne uns in den vergangenen beiden Legislaturperioden dafür eingesetzt haben, den Glasfaserausbau mit klarer Priorität voranzubringen.

Erfolge im Bereich Agrarpolitik, ländlicher Raum und Umwelt-/Naturschutz

In den letzten 5 Jahren Grüner Regierungsbeteiligung ist der ländliche Raum lebens- und liebenswerter geworden. Wir für haben ein **Dauergrünlanderhaltungsgesetz** gekämpft und mit seiner Entfristung nach fünf Jahren die Aufrechterhaltung des Schutzes der Wiesen

In mehreren Landtagsbeschlüssen haben wir zudem die Arbeit für eine verbindliche staatliche **Tierwohlkennzeichnung** früh angestoßen. Wir haben bereits vor 10 Jahren einen Runden Tisch aller Akteur*innen für Tierwohl in der Nutztierhaltung auf den Weg gebracht.

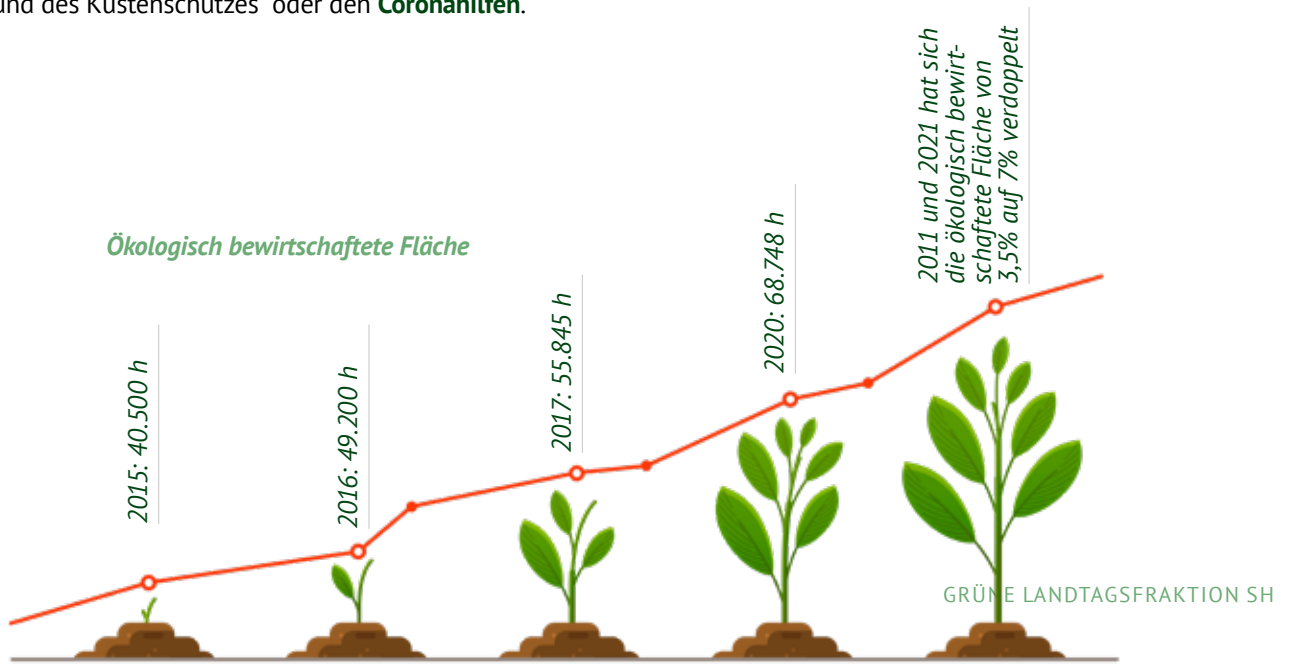


und Weiden erreicht. Es gilt der Grundsatz: Grünland erhalten ist Klimaschutz - **Grünland ist unser Regenwald.**

Bei den EU-Mitteln für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft konnten wir eine **Umschichtung hin zu Vertragsnaturschutz und Ökolandbau** erwirken. Besonders erfreulich ist, dass seit 2015 die ökologisch bewirtschaftete Fläche steigt.

Auch in schwierigen Zeiten konnte sich der ländliche Raum auf uns verlassen. Sei es bei den **Dürrehilfen**, der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" oder den **Coronahilfen**.

Im Bereich des Natur- und Umweltschutzes haben wir eine umfassende **Biodiversitätsstrategie** für das Land erarbeitet. Das Ziel ist, die für Schleswig-Holstein typischen Lebensräume, wie Küsten, Moore, Heiden und Gewässer zu schützen und zu vernetzen. Dabei sorgen wir auch für mehr Wildnisgebiete sowie Naturwälder und damit für mehr Rückzugsorte für unsere Flora und Fauna. Außerdem haben wir die **Modellregion Schlei** etabliert. Dort wird Gewässerschutz gemeinsam mit Landwirtschaft und Naturschutz umgesetzt.



Schleswig-Holstein zeigt Flagge gegen Rassismus und Antisemitismus

Ein echter Meilenstein in der Geschichte Schleswig-Holsteins ist unser **Landesaktionsplan gegen Rassismus**. Er ist ein breiter Maßnahmenkatalog über nahezu alle Regierungsressorts. Wir setzen damit nicht nur nach außen ein Zeichen, struktureller Rassismus wird auch von ganz oben anerkannt. Selbstkritisch geht die Regierung mit gutem Beispiel voran und beleuchtet, was in den eigenen Reihen gegen Rassismus getan werden kann. Wir Grüne haben diesen Prozess mit einer Vielzahl von Aktionen und Gesprächen begleitet und eine eigene Liste von darüber hinaus gehenden Maßnahmen erarbeitet.



Aminata Touré
Landtagsvizepräsidentin

Direkt zu Beginn der Legislaturperiode haben wir außerdem die Mittel der mobilen **Beratungs-**

stellen gegen Rechtsextremismus und die Mittel für die Beratung von Opfern rechter Angriffe deutlich erhöht und die Personalausgaben gegen Rechtsextremismus verdoppelt.

Um das jüdische Leben in Schleswig-Holstein zu stärken und jüdische Gemeinden zu schützen, haben wir

den **Staatsvertrag mit den jüdischen Gemeinden** erneuert und die Stelle eines Antisemitismusbeauftragten geschaffen. Jüdisches Leben gehört zu Schleswig-Holstein wie der Sand zum Meer.

*Mit unserem
Landesaufnahmeprogramm
nehmen wir 500 besonders
schutzbedürftige Geflüchtete auf*



Flüchtlingspolitik wird maßgeblich auf Bundesebene gestaltet, aber auch wir als Land kommen unserer humanitären Verantwortung nach. Die Logik, Menschen zurückzudrängen und zurückzuschicken, entspricht nicht unseren europäischen Grundwerten. Mit unserem **Landesaufnahmeprogramm** nehmen wir 500 besonders schutzbedürftige Geflüchtete wie z.B. Frauen und Kinder auf.

Klimaschutz ist vorbeugender Katastrophenschutz

Ende 2020 ist es uns endlich gelungen, zwei Prozent der Landesflächen für **Windkraft in der Landesplanung** festzuschreiben - trotz der entgegengesetzten Positionen der Koalitionspartner*innen im Wahlkampf. Wenn wir den Ausbau weiter vorantreiben, besteht die Chance, die Ziele nach dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz für erneuerbare Energien in 2025 annähernd zu erreichen.

Der Landesentwicklungsplan von 2010 wurde überarbeitet und 2021 beschlossen.

Bundesrat zu **CO₂-Bepreisung** und zum **Wärmesektor** eingebracht hat. Auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition findet sich unsere Handschrift wieder.

Last but not least: der **10-Punkte-Plan zum Katastrophenschutz**. Nicht erst seit dem Hochwasser im Sommer 2021 hat der Katastrophenschutz eine hohe Priorität in Schleswig-Holstein. Unter den eindrücklichen Erfahrungen im letzten Sommer haben wir den Katastrophenschutz aber nochmals deutlich finanziell gestärkt und zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Verbesserung auf die Agenda gesetzt. Besonders wichtig für uns Grüne: Die Landesregierung investiert ordentlich in Klimaschutz. **Klimaschutz ist vorbeugender Katastrophenschutz**. Nur mit mehr Klimaschutz können wir Katastrophen wirksam verhindern.



Bernd Voß
Sprecher für Energie und Landwirtschaft

In der Energie- und Klimapolitik haben wir nicht nur zahlreiche eigene Anträge auf den Weg gebracht, sondern auch Bundesratsinitiativen. Unter anderem haben wir erreicht, dass die Landesregierung Anträge in den



30 Millionen Euro aus Landesmitteln
für **Wasserstoff-Projekte**

35 Millionen Euro für den **Katastrophenschutz**
in 2022

Photovoltaik-Pflicht auf Nichtwohngebäuden
und großen, neuen Parkplätzen
Pflichtanteil von 15 % **erneuerbarer Energie** beim
Einbau einer neuen Heizung

In der Landesentwicklungsstrategie konnten wir verankern:
Die **Halbierung des Flächenverbrauchs** bis 2030
Innenverdichtung geht vor Neubau
Eine "Experimentierklausel", um **innovative Einzelprojekte**
zu ermöglichen

